

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.W. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

# Der Zollraub vollendet.

## Das Rumpfparlament nimmt die Zollvorlage in dritter Lesung an.

Heute 11 Uhr 20 Minuten haben die Zollparteien des Reichstages den gesamten Zolltarif mit Einschluß des Ermächtigungsgesetzes für die Regierung in einfacher Abstimmung in dritter Lesung angenommen. Sozialdemokraten und Kommunisten waren im Saal nicht anwesend. Die Demokraten beteiligten sich zum Zeichen des Protestes nicht an der Abstimmung.

Das ist die wahre Verfassungsfeier der Zollparteien! Sie haben ihr Werk vollendet. Im Zeichen der Gewalt, der Diktatur gegen die parlamentarische Opposition haben sie ein Gesetz, das dem ganzen Volke schwere Lasten auferlegt und vielleicht seine ganze wirtschaftliche Zukunft bedroht, durchgeführt.

Sie waren unter sich im Parlament. Die Opposition hat demonstrativ sich dem Ende dieser Beratungen ferngehalten. Und doch haben sie heute noch gefürchtet, daß ihnen der Raubzug in letzter Stunde noch mißlingen könne. Als es an die entscheidende Abstimmung ging, regte Präsident Loh an, die Abstimmung namentlich vorzunehmen, um so mehr als die Opposition die These vertrete, daß das Ermächtigungsgesetz verfassungsändernd sei. Man müsse feststellen, ob eine Zweidrittelmehrheit gemäß den Vorschriften der Verfassung für das Gesetz vorhanden sei. Aber die Zollparteien scheuten die namentliche Abstimmung, denn das Haus war nicht beschlußfähig. Ihr Sprecher, der Deutschnationale Schulz-Bromberg, gab offen zu, daß eine Zweidrittelmehrheit nach dem Auszug der Sozialdemokraten und Kommunisten selbstverständlich nicht vorhanden sei. Es kam jetzt den Zollparteien nicht mehr darauf an, festzustellen, welcher von ihren Abgeordneten sein Ferienbedürfnis schon heute über die Verabschiedung des Zolltarifes gestellt hatte. Es kam ihnen heute nur noch darauf an, die Feststellung der Beschlußunfähigkeit des Hauses zu vermeiden, die dritte Lesung abzuschließen und dann, die Beute in der Tasche, in die Ferien zu gehen.

Beute und Ferien. Darauf kam es ihnen an. Um Beute und Ferien haben sie die Opposition vergewaltigt, die Geschäftsordnung des Reichstages durchbrochen.

Die Gewalttat der Zollparteien, die dazu geführt hat, daß heute ein Rumpfparlament und noch dazu ein Rumpfparlament, das nicht beschlußfähig war, das Volk diktatorisch einer engen Interessentengruppe tributpflichtig gemacht hat, ist von Bedeutung, nicht nur für heute. Sie haben für diesmal die Minderheit vergewaltigt und die Geschäftsordnung durchbrochen. Sie haben für die Zukunft einen böartigen Präzedenzfall geschaffen. Ihre dürftige Verteidigung ihrer Gewalttat stützt sich auf den § 42 der Geschäftsordnung des Reichstages:

Ueber mehrere oder alle Teile eines Gesetzentwurfs kann gemeinsam abgestimmt werden.

Mit der Auslegung, die die Zollparteien für ihre Gewalttat beliebt haben, wäre es möglich, in der Zukunft die Beratung des gesamten Etats auf wenige Tage zusammenzudrängen und den gesamten Etat zusammengefaßt in einer einzigen Abstimmung zu erledigen. Das würde praktisch auf die Abschaffung des parlamentarischen Systems hinauslaufen.

Die „Meine“ Zolltarifnovelle, die ursprünglich als Instrument der Handelspolitik gedacht war, und nur die notwendigsten Kampfzölle für die deutschen Unterhändler enthalten sollte, hat in Wahrheit die deutsche Zoll- und Handelspolitik grundsätzlich festgelegt. Nach den Kämpfen, die um diese Vorlage geführt worden sind, nach den Erklärungen der Zollparteien, nach den Begründungen der Zollpresse ist heute kein Zweifel mehr: es handelt sich nicht um einen Versuch, mit Hilfe von Kompensationszöllen die Zollmauern abzubauen und dem Ideal einer europäischen Zollunion zuzusteuern, es handelt sich vielmehr um den Aufbau neuer Schutzollmauern um Deutschland. Denn der Schutzoll war es, um den die Zollmehrheit des Reichstages gekämpft hat. Schutzoll, um im Inland Monopolpreise durchsetzen zu können. Schutzoll, um die Preisdiktatur, die am Ende der Inflationszeit zusammenzubringen drohte, abermals aufzurichten gegen die Massen der deutschen Verbraucher.

Nach diesen Kämpfen und nach der Annahme dieser Vorlage steht es fest: die Zollparteien des Reichstages sind schutzollnerische Parteien. Die Handelspolitik der Rechtsregierung ist schutzollnerisch.

Das verhängnisvolle System der landwirtschaftlichen Schutzollpolitik ist aufs Neue aufgebaut worden. Zugleich damit ein System industrieller Hochschutzzölle. Von zwei Seiten her wird in der nächsten Zukunft der Angriff auf die Verbraucher mit dem Ziel der Hochtreibung der Preise erfolgen. Agrarzölle allein, die die Lebenshaltung der Bevölkerung verteuern, die Arbeiterschaft zu Lohnkämpfen zwingen, und damit zu einer Steigerung der Produktionskosten auch in der Industrie führen, sind geeignet, das gesamte Preisniveau in die Höhe zu treiben. Zu diesen Agrarzöllen treten die Industriezölle. Die Verteuerung der industriellen Produktion

wird nicht erst in der Folge als Auswirkung der Agrarzölle wirksam werden, sie wird von Anfang an, unabhängig von der Verteuerung der Agrarprodukte, und gleichzeitig damit bewußt erzeugt. Agrarzoll und Industriezoll werden miteinander und aufeinander wirken. Die Verteuerung der agrarischen Produktion bewirkt Verteuerung der industriellen Produktion, Verteuerung der industriellen Produktion zieht Verteuerung der agrarischen nach sich — eine Schraube ohne Ende.

Trotz dieser gewollten und unvermeidlichen Konsequenzen wagte es Herr Luther vom Preisabbau zu sprechen. Zum Zwang zur Tributzahlung für den Besitz noch der Hohn einer Regierung, die als ausübendes Organ eines engstirnigen Gruppeninteresses funktioniert hatte! Will Herr Luther vielleicht auf Grund der verfassungswidrigen Ermächtigung, die der Regierung erteilt worden ist, eine Preistreibeinordnung erlassen? Oder sollte er mit dem Gedanken spielen, eine Verordnung und Verwaltungsanweisungen zu erlassen, die darauf abzielen, bei der gewollten und unvermeidlichen allgemeinen Verteuerung wenigstens den Preis der Ware Arbeitskraft niedrig zu halten? Bei dieser Regierung und dieser Parlamentsmehrheit ist alles möglich. Vielleicht hören wir nun bald den Ruf: Die Preise sind zu hoch, also müssen die Löhne gesenkt werden!

Dies Zollgesetz ist mit bewußter Absicht als Kampfgesetz gegen die arbeitenden Massen des Volkes beschlossen worden. Diese Absichten gehen zurück bis auf die Zeit, da Herr Stresemann öffentlich erklärte, die Handelspolitik könne nicht mit der Sozialdemokratie getrieben werden. Von vornherein war es die Absicht der Rechtsmehrheit und der Regierung, eine Handelspolitik einzuleiten, die so scharf gegen die Gesamtinteressen des Volkes verließ, daß sie nur im schärfsten Kampf gegen die Massenpartei der deutschen Arbeiterschaft durchgeführt werden konnte.

Ein Rumpfparlament, und nicht einmal ein beschlußfähiges Rumpfparlament, hat diese Gesetzgebung mit dieser Absicht beschlossen. Dieser Tatsache kommt eine staatsrechtliche Bedeutung gewiß nicht zu, und es war nicht die Absicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, mit ihrer demonstrativen Fernhaltung von der endgültigen Erledigung der Zollvorlage, staatsrechtliche Wirkungen hervorzurufen. Um so größer aber werden die politischen und die moralischen Wirkungen dieser Tatsache sein.

Im Kampfe gegen die Gewaltpolitik der Zollmehrheit hat Genosse Hermann Müller das scharfe Wort von der parlamentarischen Korruption en gros gesprochen. Das Wort ist scharf, aber es trifft den Tatbestand. Interessenten, die im Reichstag und in der Regierung sitzen, haben diese Gesetzgebung, die dem Gemeinwohl widerspricht, vorbereitet und durchgeführt. Großindustrielle und Großagrarien, bezahlte Syndici der Interessentenorganisationen haben das Parlament mißbraucht, um die Bevölkerungsgruppen, denen sie angehören und die sie vertreten, zu bereichern auf Kosten des Volkes. Soll das nicht parlamentarische Korruption sein, weil es sich auf einem Wege vollzieht, dessen formell-gesetzmäßige Deckung nur notdürftig zusammengeflickt und zusammengehalten worden ist? Diese Interessentengesetzgebung vergiftet das öffentliche Leben, denn die Folge ist die Hochzüchtung des verlogenen Schlagworts und der politischen Lüge. Eine Interessentengesetzgebung gibt sich niemals als das, was sie ist. Sie wird verhüllt mit Begründungen und Erklärungen, an deren Wahrheitswert die Urheber selbst nicht glauben. Die Methoden des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes der Zollparteien des Reichstages haben diese Zusammenhänge auf das Deutlichste gezeigt.

Ein Rumpfparlament hat dies Gesetz beschlossen. Das ist eine aufrüttelnde Mahnung an das ganze Volk. Das zeigt der ganzen Welt, worum es sich bei dieser Gesetzgebung gehandelt hat.

Die Herren Interessenten werden sich nun beeilen. Noch in diesen Tagen werden wir die Auswirkung ihrer Gesetzgebung auf das deutsche Preisniveau zu spüren bekommen. Der Prozeß des Ansteigens der Preise ist jetzt schon in vollem Gange. Die Herren Interessenten haben zu einem Teil bereits disontert, was sie heute als Rumpfparlament mit so schamhaften Methoden zum Gesetz erhoben haben.

Aber wir werden uns wieder sprechen. Wir werden sie daran erinnern, daß sie mit dieser Gesetzgebung angeblich ein handelspolitisches Instrument schaffen wollten, dessen Zweck es sein sollte, dem Abbau der Schutzollmauern zu dienen. Wir werden sie daran erinnern, daß sie angeblich aus zwingenden handelspolitischen Gründen die Opposition vergewaltigt und das Recht des Parlaments mit Füßen getreten haben, um das Zollgesetz noch vor den Sommerferien des Reichstages durchzusetzen. Die Herren Interessenten können jetzt in die

# Englisch-französische Verhandlungen.

## Auf der Suche nach einem Kompromiß.

Paris, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Besprechungen in London haben am Dienstag noch zu keinem definitiven Ergebnis geführt. Die Aussprache des Vormittags war dem Entwurf der französischen Antwort an Deutschland, die des Nachmittags der Redaktion des Textes der in Aussicht genommenen Verträge gewidmet. Beide Diskussionen sind dann auf heute vertagt worden. Gelegentlich eines Empfangs der französischen Journalisten hat Briand der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Zusammenkunft von heute morgen die definitive Einigung bringen werde. Authentische Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen sind gestern nicht gemacht worden und in Ermangelung präziser Mitteilungen ergehen sich die spaltenlangen Telegramme der Sonderkorrespondenten der Pariser Blätter in allerlei Vermutungen und Hypothesen. Der Gesamteindruck wird

durchweg als günstig

bezeichnet und insbesondere auf die französische Antwort auf die letzte deutsche Garantienote soll es nach den hier vorliegenden Darstellungen zu keiner ernsthaften Meinungsverschiedenheiten gekommen sein. Was die Blätter über deren Inhalt mitteilen, ist eine Wiedergabe der in dem offiziellen Komunique vom Sonntag darüber enthaltenen Informationen. Erheblich komplizierter soll die Unterredung des Nachmittags gewesen sein, die dem Versuch gegolten hat, den bekannten Differenzen zwischen dem englischen und französischen Standpunkt durch eine Kompromißformel Rechnung zu tragen. Die darüber ebenfalls am Sonntag gemachten Mitteilungen von offizieller Seite erfahren durch den Korrespondenten des „Petit Parisien“ interessante Ergänzungen. Danach soll in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, der bekanntlich die offizielle Feststellung der Erfüllung des Versailler Vertrages durch die zuständigen alliierten Organe zur Voraussetzung hat, die englische Regierung den Wunsch ausgesprochen haben, daß die Ausnahme Deutschlands unter allen Umständen schon im September durch die Völkerversammlung beschlossen werden soll, um dann effektiv zu werden, sobald die Botschafterkonferenz die Durchführung der Deutschland auf dem Gebiete der Entwaffnung gemachten Auflagen festgestellt haben wird. Am gleichen Tage sollen dann, wenn es bis dahin darüber zu einer Einigung gekommen sein wird, die

Garantie- und die Schiedsverträge in Kraft treten. In der Frage der automatischen Sanktionen soll nach der gleichen Stelle das in Aussicht genommene Kompromiß dahin gehen, daß nur im Falle einer flagranten Verletzung des Artikels 44 des Versailler Vertrages Paris und London über die Frage zu entscheiden haben werden, ob eine feindliche Handlung von deutscher Seite vorliege. Sollten die beiden Regierungen darüber zu einer Einigung nicht gelangen, so soll, wie in allen übrigen Fällen, die Entscheidung des Völkerbundes angerufen werden.

## Amerika für den Paktabschluss.

Paris, 12. August. (W.T.A.) Havas berichtet aus London: Wenn gewissen Gerüchten Glauben geschenkt werden darf, so haben die Vereinigten Staaten zu verstehen gegeben, daß sie sich mehr oder minder direkt an der Regelung der allgemeinen Lage in Europa beteiligen möchten. Angesichts ihres finanziellen Einflusses sind sie tatsächlich in gewisser Weise an der Wiederherstellung Europas interessiert. Man weiß andererseits, daß nach Ansicht der alliierten Staatsmänner die Wiederherstellung des Friedens nicht hinausgezögert werden darf, denn Europa kann nicht länger die Gefahren einer Krise ertragen, die als eine der ernstesten Bedrohungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet betrachtet werden muß. Was nun die Sicherheitsfrage anlangt, so ist Amerika der Ansicht, daß Deutschland den Alliierten entgegengekommen ist, und die öffentliche Meinung in Amerika wünscht, daß man diese deutsche Anstrengung in Rechnung stelle. Endlich wird darauf hingewiesen, daß die französische Regierung in ihrer Note vom 16. Juni erklärte, wenn die Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten sich dem Abkommen anschließen, sich verwirklichen würde, so würde Frankreich glücklich sein, daß die große amerikanische Nation an dem Werte des allgemeinen Friedens teilnehmen wolle. Man nimmt nun an, daß die Vereinigten Staaten die augenblicklichen englisch-französischen Verhandlungen in London benutzen könnten, um auf diese französische Anregung zurückzukommen, worauf man in London hingewiesen habe. Alle diese Gerüchte sind noch unbestätigt, aber sie werden seit einigen Tagen in London als nicht unwahrscheinlich bezeichnet.

Ferien gehen. Wir werden sie nach den Ferien nach den handelspolitischen Erfolgen fragen, die sie mit Hilfe dieser Gesetzgebung bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages im Interesse des Volkes davongetragen haben werden. Wir werden uns im Herbst wiedersehen. Und wir werden sie fragen: Wo sind eure Siege?

Wir wissen es heute schon: sie werden Siege zu verzeichnen haben. Keine handelspolitischen Siege freilich im Interesse der deutschen wirtschaftlichen Zukunft, sondern Siege nur gegen das eigene Volk!

### Der Verlauf der Sitzung.

Im Reichstag herrscht heute geschäftiges Getriebe. Bei den Mitgliedern der Rechtsparteien sieht man besorgte Gesichter: wird man es heute schaffen. Die Tagesordnung steht drängend aus. Zwölf Punkte, darunter eine Reihe außerordentlich wichtiger Angelegenheiten. Dazu soll noch nach dem Wunsche der Rechtsparteien der Regierung die Ermächtigung erteilt werden, ein deutsch-französisches Abkommen über das Saarrevier zu ratifizieren. Zunächst tagt der Letztensauschuss, so daß sich der Beginn der Sitzung bis gegen 11 Uhr verzögert. Als Präsident Löbe die Sitzung eröffnet, sind die Plätze der Sozialdemokraten leer. Nur die Fraktionsvorsitzenden Müller-Franken und Dittmann sind erschienen. Eine Anzahl Abgeordneter haben noch in letzter Stunde um längeren Krankheitsurlaub nachgesucht, der, wie üblich, bewilligt wird. Man soll also nicht sagen, daß die Reichstagsabgeordneten pflichtvergessen wären! Der parlamentarische Untersuchungsausschuss über die Zustände in der Branntweinmonopolverwaltung wird auf Vorschlag des Präsidenten mit 21 Abgeordneten besetzt. Die kommunistische Fraktion verlangt, daß als erster Punkt der Tagesordnung eine Interpellation behandelt werden solle, die sich mit Vorgängen in Essen bei der Veranstaltung einer kommunistischen Kundgebung befaßt. Das wird abgelehnt, ebenso die sofortige Behandlung des Antrages, den Reichstagsangehörigen eine Sonderzulage zu gewähren.

Gegen den Versuch der Regierungsparteien, der Regierung die Ermächtigung zum Abschluß eines Saarabkommens zu geben, erhebt Genosse Müller-Franken Widerspruch. Es handle sich hierbei zweifellos um ein verfassungsgewandenes Gesetz, in der gegenwärtigen Situation sehe sich die Sozialdemokratie nicht in der Lage, der Regierung eine solche Ermächtigung zu erteilen. Die sozialdemokratische Fraktion verneint nicht die Gründe, die zur Einbringung dieses Antrages geführt hätten, es sei aber die Schuld der Regierung, daß diese Frage bisher verschleppt worden sei. Die Regierung habe es schon längst in der Hand gehabt, in ordnungsgemäßer Weise ein Gesetz vor den Reichstag zu bringen. Die Sozialdemokratie erhebe deshalb dagegen Widerspruch, daß diese Ermächtigung auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Die kommunistischen Beschwerden über die in der vorigen Sitzung vorgenommenen Ausweisungen werden von den Rechtsparteien abgelehnt. Präsident Löbe teilt mit, daß er den Polizeipräsidenten gebeten habe, eine Untersuchung über die von dem Abg. Schütz vorgebrachte Beschwerde über seine Behandlung durch Kriminalbeamte vorzunehmen.

### Dritter Lesung der Zollvorlage

begonnen wird, verlassen auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Franken und Dittmann den Saal, so daß kein Sozialdemokrat mehr an der Sitzung teilnimmt. Die Redezeit für die gesamte dritte Beratung ist auf eine Stunde für jede Fraktion beschränkt worden. Dieser neue Gewaltakt der Rechtsparteien war unumgänglich, da die Sozialdemokraten sich nach ihrer Ankündigung vom Montag an der weiteren Beratung der Zollvorlage, die in Wirklichkeit nur noch eine Komödie ist, gar nicht mehr beteiligen und die beiden anderen Oppositionsparteien sich auf Erklärungen beschränken. Die von Koenen vorgelesen wird, ist unendlich lang, sein Mensch auf der rechten Seite zu. Die Erklärung behandelt erst die Steuerergänzung, dann den Zolltarif und schließlich wird darin heftig gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften polemisiert. Die Kommunisten verlassen darauf gleichfalls den Saal.

Abg. Dr. Meyer-Berlin erklärt für die Demokraten, daß die Mehrheit bei der zweiten Beratung ein Verfahren angewandt habe, das erhebliche

Zweifel an der Rechtsgültigkeit dieses Gesetzes rechtfertige. Die Demokraten könnten die Verantwortung dafür nicht mit übernehmen, sie würden sich deshalb an den Abstimmungen nicht beteiligen.

## Die fremde Genossin.

Von Knulp.

Sie war aus Ostpreußen gekommen und auf der letzten Fahrt 14 Stunden unterwegs gewesen. Eine ganze Nacht hindurch war sie gefahren in dem stuernden, überfüllten Wagen der vierten Klasse. Sie mußte den Tag über in Berlin bleiben und am Abend — wieder die Nacht hindurch — zum Tag der Arbeiterjugend. Sie war müde. Aber ihre Augen glänzten. Vor dem Gebäude des „Vorwärts“ hatte ich sie getroffen. Ganz allein und rasselnd stand sie vor dessen Türen. Ein Blick auf ihr Kleid und das Abzeichen, das sie auf der Brust trug, genügte, um zu wissen, wer vor mir stand. Ich sprach sie an. Und sie erzählte mir alles. Mit 25 Genossen, Burken und Mädchen, war sie hergefahren. Auf dem Wege vom Bahnhof zum Jugendheim hatte sie ihre Reisegefährten verloren. Ganz plötzlich. Am Abend würde sie alle wiederfinden, denn sie mußten alle auf einen Fahrstuhl mit demselben Zuge nach Hamburg. Aber jetzt — jetzt war sie ganz allein in der großen Stadt. Im Jugendsekretariat war sie schon gewesen und dort hatte man ihr einen großen Schlüssel gegeben, mit dem sie das Jugendheim aufschließen sollte, um dort auf ihre Gefährten zu warten. Bis zum Abend. Kein Berliner Genosse war da, der sie durch die Stadt führen konnte. Sie arbeiteten alle noch am Vormittag. Und sie wollte doch die Stadt so gern sehen — die große Stadt Berlin. Und da war sie flugs vor das Tor gefahren und hat hineingestaut in das Leben und Treiben auf der Straße und hat es kaum begriffen und hat nicht mehr den Mut gefunden allein weiter hineinzugehen in die schäumenden Wirbel vor ihr. Bis ich sie traf. Und weil ich Glücklicher Zeit hatte, habe ich mich ihr als Führer angeboten. Und ein Handschlag, hart und fest wie der Flügelschlag einer Taube, hat unsere kleine Freundschaft besiegelt. Ich habe ein Wunder erlebt an der kleinen, fremden Genossin. Ich habe sie benoidet um ihre Herkunft — um ihre Heimat. Aus einem kleinen Dorf, das einsam zwischen großen Seen, mächtigen Wäldern und unendlichen Feldern liegt, war sie hergekommen in die große Stadt und ihr kleines Herz konnte nicht die Gewalt der Eindrücke bergen, die vor ihr aufstanden. Ihre braunen, glänzenden Augen sahen alles zum ersten Male — wunderliches Menschentum! Die großen Häuser, die Autobusse, die Straßenbahn, die Hochbahn, der brandende Verkehr auf dem Potsdamer Platz — alles, alles sah sie zum ersten Male! Und zum ersten Male fuhr sie mit mir Straßenbahn, Autobus und Hochbahn. Und während sie stannend in dem jagenden Wagen sah oder neben mir durch die lärmenden Straßen schritt, mußte ich sie immer und immer wieder ansehen. Ich sah auf ihr braunes Haar, aus dessen Flechten eine rote Perle leuchtete, sah auf ihr leichtes Schreiten — und sah ihre Heimat mit den großen Wäldern, den leuchtenden Seen, den wartenden Röhren auf den Hügel und den weiten Feldern, über die der Wind der Freiheit sprang. Die fremde kleine Genossin ahnte nicht, daß neben ihr ein Sehnender schritt.

Innerhalb weniger Minuten wird darauf von dem geschlossenen Block der Rechtsparteien die ganze Zollvorlage in dritter Lesung angenommen. Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß es zweifelhaft sei, ob die Ermächtigungsbefugnisse der Reichstagsabgeordneten (Dnat.) erklärt, daß bei dem Fehlen der Sozialdemokraten selbstverständlich eine für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden sei.

### Handelsabkommen.

Die sozialdemokratische und kommunistische Fraktion lehnen nach Erledigung der Zollvorlage wieder in den Saal zurück. Es werden dann ohne Debatte in zweiter und dritter Beratung angenommen: der deutsch-schwedische und der deutsch-finnische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag; das vorläufige Handelsabkommen mit Griechenland; ein Abkommen mit Norwegen wegen der Einführung eines Vertragszolltarifs für norwegische Delfinjerken. Bei der zweiten Beratung des Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten von Amerika betont der Berichterstatter Dr. Sejeune-Jung (Dnat.), daß dieser Vertrag der erste sei, den die Vereinigten Staaten auf Grund der allgemeinen Meistbegünstigung mit einer fremden Macht abschließen. Leider habe der amerikanische Senat noch Vorbehalte in bezug auf die Seeschifffahrt gemacht. Es liege sowohl im Interesse der amerikanischen wie der deutschen Wirtschaft, die Zollpolitik der Vereinigten Staaten so zu ändern, daß die deutsche Handelsbilanz im Verkehr mit den Vereinigten Staaten aktiv werde. Fraglich sei es, ob die Zollpolitik der Vereinigten Staaten mit den wirtschaftlichen Grundgedanken des Dawes-Planes im Einklang stände.

Der Vertrag wird in zweiter und dritter Lesung ohne Aussprache angenommen.

Für die zweite Beratung des Handelsabkommens mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion hat der Ausschuss eine Entschlüsselung vorgelegt, die der Regierung ersucht, mit Belgien nochmals in Verhandlungen wegen Beseitigung aller für Deutsche in den belgischen Kolonien bestehenden Beschränkungen einzutreten.

Abg. Toni Sender (Soz.) spricht die Befriedigung der sozialdemokratischen Fraktion darüber aus, daß Deutschland einen Handelsvertrag mit Belgien abschließt. Unsere Befürchtungen bei den Verhandlungen über den Zolltarif sind bei diesem Vertrag bestätigt worden.

Der Zolltarif sollte nach der Behauptung seiner Anhänger in die Zollmütern des Auslandes, deren Aufrechterhaltung auch wir für turgünstig halten, Bresche legen. Der vorliegende Vertrag zeigt aber, daß die vereinbarten Sätze sehr nahe an den neuen autonomen Sätzen des deutschen Zolltarifs liegen und die Vorkriegsvertragsätze um ein Vielfaches übersteigen. Die Zollpolitik der Regierung führt also dazu,

der Hochschutzzoll stabilisiert und die deutsche Wirtschaft damit belastet wird.

Der Hinweis darauf, daß die anderen hohe Zölle haben, ist nur ein Vorwand dafür, um Deutschland mit einer Hochschutzmauer zu umgeben. Bestärkt wird man in dieser Auffassung durch die Art der Behandlung der Handelsverträge im Ausschuss. Dort traten die Vertreter der Interessen bestimmter Wirtschaftsgruppen auf und verlangten, daß ihre Sonderwünsche berücksichtigt werden, während die Antipartien bei den Zollverhandlungen den Rechtsparteien wie einer stummen Mauer gegenüberstanden, wurde bei den Vertragsverhandlungen von jener Seite aus, trotz der Eile in die Ferien zu kommen, eine große Verdrämtheit entwickelt. Aber sie stützen sich nicht auf volkswirtschaftliche Gründe, sondern führen Sonderinteressen ins Feld. Gegen diese Art der Verhandlungen müssen wir schärfste Verwahrung einlegen. Das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft muß über dem Egoismus bestimmter Gruppen stehen. Wir müssen verlangen, daß

### der Staat über der Wirtschaft steht

und daß sich die Vorgänge bei den deutsch-französischen Verhandlungen, wo die Interessenten beider Länder gegenseitig die Zölle in die Höhe getrieben haben, nicht wiederholen. Wir werden nur dann zu brauchbaren Handelsverträgen kommen, wenn die Voraussetzung für den Abschluß nicht die Profitinteressen bestimmter Wirtschaftskreise, sondern die Wohlfahrt des ganzen Volkes ist. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Schnee (D. Sp.) protestiert scharf gegen die Ausnahmebehandlung, die den Deutschen in den von Belgien vermittelten Kolonien zuteil wird. Die deutsche Regierung müsse unbedingt für die Beseitigung dieses Unrechts sorgen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) erklärt, seine Freunde würden trotz aller schwersten Bedenken dem Vertrag zustimmen. Sie hätten freilich gewünscht, daß die Aufhebung der unerhörten Ausnahmen in der Behandlung der Deutschen in den belgischen Kolonien als Bedingung in den Vertrag aufgenommen würde.

Der völkische Abg. v. Graefe richtet heftige Angriffe gegen die Rechtsparteien und gegen die Regierung. Die Deutschnationalen leisten Dr. Stresemann auch hier noch Gehorsam, wo

zugunsten des Portemonnaiestandpunktes der Standpunkt deutscher Ehre verlassen werde.

Die gegenwärtige Regierung lasse bewußt das deutsche Volk in Schande stürzen. Für diesen Ausdruck wird er zur Ordnung gerufen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann wendet sich gegen die völkischen Angriffe. Die Aufnahme von Bestimmungen über die Behandlung der Deutschen in den belgischen Kolonien sei von der belgischen Delegation deshalb abgelehnt worden, weil das ihre Befugnisse überschreite. Das Abkommen gelte vorläufig auf zwei Jahre und es handle sich doch darum, daß wir schrittweise die Ausnahmebehandlung abbauen, der wir seit dem Weltkrieg in vielen Ländern ausgeübt waren.

Bei der Schlussabstimmung über das Abkommen bezweifelt Abg. v. Graefe die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Auszählung ergibt die Anwesenheit von 378 Abgeordneten; das Haus ist also beschlußfähig. Das Handelsabkommen mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über den Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Großbritannien.

### Wiederzusammentritt am 19. November!

Der Letztensrat des Reichstags beschäftigte sich in seiner vor dem Plenum stattgefundenen Sitzung mit der Geschäftsliste des Hauses, die die Vertagung des Reichstags je nach dem Lauf der Debatte für Mittwoch oder Donnerstag erwarten läßt. Die Redezeit wurde für die noch zu erledigenden Punkte auf je eine Stunde festgesetzt. Als voraussichtlicher Termin des Wiederzusammentritts des Reichstags wurde der 19. November in Aussicht genommen.

## Hindenburg in München.

München, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichspräsident von Hindenburg ist heute morgen 8,05 Uhr mit einem an den Fahrplanmäßigen Zug angehängten Salonwagen, begleitet von seinem Sohn, vom Staatssekretär Reihner und dem bayerischen Gesandten in Berlin, von Preger, in München eingetroffen. Er wurde begrüßt von dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, dem Innenminister Stübel, dem Reichsgesandten von Hanke sowie von dem Reichswehrminister Gehler und dem Reichspostminister Stügel. Nach der Begrüßung schritt Hindenburg die Front der Ehrenkompanie ab. Eine große Menschenmenge brachte ihm auf dem Bahnhof Odeonplatz den

In den Straßen waren die Reugierigen, wohl auch infolge des schlechten Wetters, spärlicher. Zahlreiche Gebäude sind beflaggt. Die staatlichen und viele privaten Weisklan, die städtischen in den Farben schwarz-gelb, im übrigen natürlich viel schwarz-weißrot. Nach einem Besuch in der Wohnung des Ministerpräsidenten fuhr Hindenburg ins Ministerium des Außereren, wo ihm das Staatsministerium, das Landtagspräsidium und die Vertreter der Landtagsfraktionen vorgestellt wurden.

Der Ministerpräsident Held richtete an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er ihm vor allem die Sorge um die Selbstständigkeit der Länder ans Herz legte. In seiner Erwiderung erinnerte Hindenburg an seine Rede beim Empfang des Reichsrates am 13. Mai, wo er betont habe, daß er das Eigenleben der Länder für eine wichtige und wesentliche Grundlage der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches ansehe und daher gewillt sei, der Eigenart der Länder und ihrer besonderen Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Seinen heftigen Besuch in München bitte er als den Ausdruck seines aufrichtigen Willens aufzufassen, mit den Ländern enge persönliche Beziehungen zu unterhalten und ihre leitenden Männer im unmittelbaren Meinungsaustausch kennenzulernen. Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern sei unerlässlich, wenn wir unser Vaterland wieder emporführen wollten. Mit Befriedigung

Einer, der mit diesen verdammt war, in der Hölle zu arbeiten und dessen Herz nach Erlösung und Befreiung schrie und vergehen wollte in Blut und Qual seiner ewigen Knechtschaft. Rein, sie wußte nichts davon. Die kleine fremde Genossin lachte und freute sich über alles und lachend gab ich ihr die Antworten auf die vielen Fragen, die sie an mich richtete. Unbetanmt, kleine Genossin! Wir haben uns nicht einmal unseren Namen gesagt; wir wissen nur um unsere gemeinsame Befinnung, die uns verbindet. Wachend bist du mit mir durch die Stadt gegangen und hast nicht gewußt, daß deine Heimat meine ewige Sehnsucht geworden ist.

**Cellophan.** Schon seit langem sucht die chemische Industrie nach einem billigen und dabei allgemein brauchbaren, durchsichtigen Stoff. Das bekannte Zelluloid hat neben anderen unliebsamen Eigenschaften den Nachteil der leichten Brennbarkeit, die Gelatine klebt, und Glimmer und Marienglas sind spröde und teuer. Die Bemühungen der deutschen Industrie sind seit einigen Monaten von Erfolg gekrönt, denn Cellophan ist ein geradezu ideales Präparat. Es ist eine vollständig reine, faser- und porenfreie Zellulose, durchsichtig, unerschütterlich für Gerüche, unlöslich selbst in kochendem Wasser, nicht brennbar, zu dünnen Folien auswalbar und mit allen Farben zu bedrucken. Auf Grund dieser Eigenschaften ist die Verwendbarkeit des Cellophanes sehr groß. Man benutzt es zum Ueberdecken von Schaufensterauslagen, zum Verpacken von Feigen, Datteln und Schokolade, fertigt daraus durchsichtige Etiketten sowie künstliche Blumen, Treppen und Robortartikel. Eine besonders wichtige Anwendung ist die in der medizinischen Praxis. Cellophan ist ein besserer Ersatz für Kautschuk und Billroth-Balsam. Da es im Heißluft sterilisiert werden kann, eignet es sich hervorragend zum durchsichtigen Verbandstoff, der überall da benutzt wird, wo die Wunden auf Heilungsfortschritt kontrolliert werden müssen.

**„Menschliche Pfeiler“ im japanischen Kaiserpalast.** Arbeiter, die damit beschäftigt waren, die alten Wachtürme und Außenmauern wieder herzustellen, die den Kaiserpalast von Tokio umgeben, stießen auf eine Anzahl von Skeletten, die unter den alten Fundamenten eines der Haupttürme ausgegraben wurden. Es sind dies die Gebeine der „menschlichen Pfeiler“, die früher in Japan bei der Anlage großer und wichtiger Gebäude lebendig mit eingemauert wurden. Die Sitte des „Baupfegers“, die überall in der Welt verbreitet war, und von der auch bei uns noch alle Sagen erzählen, hat sich in Japan sehr lange erhalten, und noch vor gar nicht langer Zeit herrschte im Reiche des Mikado die Anschauung, daß wichtige Bauten nur sicher und dauernd gemacht werden könnten, wenn eine bestimmte Anzahl kräftiger, gesunder Menschen lebendig mit eingemauert wurden. Die Skelette, die jetzt entdeckt wurden, lagen unter einem der großen Türme, der vor etwa dreihundert Jahren von einem Edlen des Tagawawa-Hofes errichtet wurde. Wahrscheinlich waren die lebendig eingemauerten Baufellen des Edelmans. Die Skelette, die von Männern und Frauen herrühren wurden aufrechtstehend gefunden mit ausgestreckten Armen, die Handflächen nach oben gekehrt; in jeder Handfläche und auf dem Scheitel jedes Kopfes wurde eine alte Münze gefunden. Solche Baupfeger werden,

so seltsam es klingen mag, freiwillig sogar in unserer Zeit noch angeboten. So hat bei einer Anlage, die vor wenigen Jahren im Hafen von Osaka ausgeführt wurde, ein patriotischer Bürger der Stadt, ihm zu gestatten, sich in die Betonmischen im Wasser einzu-mauern zu lassen, um dadurch die Dauerhaftigkeit zu gewährleisten. Das Anerbieten wurde aber abgelehnt. Tatsächlich hat früher jedes Wasserbauwerk in Japan einen oder mehrere solcher „menschlichen Pfeiler“ erhalten, die „hineingebaut“ wurden, um den Flugsott zu verhindern.

**Auch in England „unstiftliche“ Kunst.** Die Engländer stehen der modernen bildenden Kunst im allgemeinen nicht sehr verständnisvoll gegenüber, aber kein Werk hat in den letzten Jahren eine so allgemeine Entrüstung und einen solchen Aufstand der öffentlichen Meinung hervorgegerufen, wie das Dentmal zu Ehren des verstorbenen Naturforschers Hudson, das von dem Bildhauer Epstein geschaffen wurde und im Hyde Park aufgestellt fand. Das Werk, ein Relief, stellt Rima, den Genius des Baldes, inmitten eines Vogelschwarms dar, und zwar ist dieser Waldgenius in Gestalt eines ziemlich ungefügen Frauentorsos gegeben. Die Sittlichkeitsvereine beanstandeten die Nacktheit oder vermischten zum mindesten das Feigblättchen; andere wieder erkannten in dem Werke eine Manifestation jenes bodenheftigen Geistes, der auf die Zertrümmerung des „British Empire“ abzielt. Es schloß freilich nicht an Leuten, die den geprüften Bildhauer in Schutz nahmen, darunter Schaw, der einen kurzen, aber sehr wirksamen Brief an die „Times“ schrieb, woraus ein Passus zitiert sein mag: „Es gibt einen Prozeß, genannt Photo-stulpsur, womit sich ganz hübsche Reliefs herstellen lassen. Würde Miß Fay Comton oder Miß Gladys Cooper (eine populäre englische Filmheroin) als Rima posieren mit einer ausgestopften Taube auf jedem Handgelenk und würde der Künstler, der der Photo-stulpsur nachhilt, noch ein paar Schwablen, ein Koffschalen und einen Stachelpalmenzweig hinzufügen, dann würde das Ergebnis genau das sein, das von ehrethen Publikum erwartet wird, dessen Schönheitsfimmel von Epsteins mächtiger Arbeit so beleidigt und verhöhnt ist. Warum nicht dem Publikum gefallen, wenn es so leicht ist?“

Eine Friedrich-Ebert-Medaille hat die Erzgießerei Wilberg in Frankfurt a. M. herstellen lassen. Das Medallion rührt von dem bekannten Bildhauer Benno Erk an her. Es zeigt auf der Vorderseite das Bildnis Eberts, in kräftigen Formen mit jenem Ausbruch der Güte, der jedem, der ihn kannte, vertraut war. Die Umschrift lautet: „Der Erste Deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert“. Das Datum des Todestages, 28. 2. 1925, ist wogerecht in kleinerer Schrift hinzugefügt. Auf der Rückseite erscheint eine würdig aussehende Männergestalt, die das wackende Banner der Republik schwingt. Umschrift: „Das Banner steht, wenn der Mann auch fällt“. Die Medaille, deren Durchmesser 6,3 Zentimeter beträgt, ist in echter Bronze gegossen und mit der Hand gestempelt. Preis: 4 M. Gleichzeitig hat die Gießerei eine große Medaille (12 Zentimeter Durchmesser) hergestellt, die 24 M. kostet. Um die kleinere Medaille aufhängen zu können, wird sie auch mit einer lesten Dose geliefert. Von der größeren Medaille gibt es ebenfalls eine Form mit Dose, aber diese Form ist nur einseitig, also nur mit dem Bildnis Eberts, gegossen. Sie kostet in dieser Ausführung 15 M.



# Gewerkschaftsbewegung

## 2 Milliarden vernichtet, 6000 Arbeiter brotlos. Um den Profit zu erhöhen.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft hat am 15. Juli den Antrag gestellt auf Stilllegung und Betriebsabbruch der Zeche Franziska Tiefbau in Witten und Hamburg Ringeltaube in Annen. Diese beiden Zechen sind bereits seit einem Jahre stillgelegt, jedoch wurde die Wasserhaltung in Betrieb gehalten. Zur Begründung führt die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft an, daß der Betrieb sich nicht rentiere, sondern einen Zuschuß verlange, den die Gesellschaft auf die Dauer nicht zu tragen vermöge. Der Zuschuß ergibt sich ganz natürlich aus der Betriebsstilllegung.

Die Frage ist nur, ob sich diese Betriebsstilllegung rechtfertigt. Nun sind, wie uns vom Verband der Bergarbeiter geschrieben wird, die beiden Schachtanlagen modern ausgebaut Betriebe mit einem täglichen Output, der dem des gesamten Ruhrreviers gleichkommt. Was die Kohlenvorkommen betrifft, so ist auf Hamburg bei einer täglichen Förderung von 700 Tonnen noch mit mehr als 70 Jahren abbaubarer Kohlen zu rechnen. Der Vertreter der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, der vor dem Demobilisierungskommissionar den Antrag auf Betriebsabbruch vertrat, behauptete sogar, daß 20 Millionen Tonnen abbaubarer Kohlen vorhanden seien, was bei einer Beschäftigung von 900 Arbeitern und Angestellten und einer täglichen Förderung von 700 Tonnen für mindestens 95 Jahre abbaubarer Kohlenmengen bedeutet. Diese 20 Millionen Tonnen abbaubarer Kohlen will die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft verkaufen lassen. Auf der Zeche Franziska lagern nach Angabe des Vertreters der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft noch 30 Millionen Tonnen abbaubarer Kohlen, was bei einer Beschäftigung von 1500 Arbeitern und Angestellten und einer Jahresförderung von 360 000 Tonnen noch für mehr als 80 Jahre abbaubarer Kohlenmengen bedeutet.

Aber es würde nicht bei dem Erlösen dieser 50 Millionen Tonnen Kohlen und der Brotloomaßnahme von 2400 Arbeitern bleiben. Durch das Erlösen dieser beiden Zechen würden auch die Zechen Wiendahlbank, Kaiser Friedrich und Glückauf Tiefbau Erlösen. Wie Hamburg und Franziska Schwesterzechen und als solche durchschlägig sind, so bestehen auch zwischen diesen und den vorhergenannten Zechen keine Sicherheitspfeiler. Da die Zeche Franziska einen starken Wasserzufluß und zwar 11 Kubikmeter in der Minute, und Hamburg einen solchen von über 5 Kubikmeter in der Minute hat, so würde die Zeche Wiendahlbank diesen Wasserzufluß zu ihrem eigenen bekommen und mit heben müssen. Das ist technisch ganz unmöglich, zumal die Geländepumpen auf Wiendahlbank auf eine Höchstleistung von 11 Kubikmetern eingestellt sind. Mit Wiendahlbank würden unermesslich deren Schwesternzechen Kaiser Friedrich und Glückauf gleichfalls Erlösen.

Diese unvermeidliche Tatsache wurde auch von dem Vertreter der Gelsenkirchener glatt zugegeben. Damit würden weitere 3300 Arbeiter und Angestellte brotlos und gleichzeitig weitere 80 Millionen Tonnen abbaubarer Kohlen der dauernden Vernichtung preisgegeben. Diese 130 Millionen Tonnen abbaubarer Kohlen repräsentieren einen Wert von 2 Milliarden.

Diese Kohlenmengen sind Nationalgut. Die Regierung hat die Pflicht, dieser von kurzfristiger Profitsucht eingegebenen Vernichtung ungeheurer Werte Einhalt zu tun. Der Einwand, daß man später die Gruben wieder leer pumpen kann, wenn man wird auf die erschöpfene Kohlenfläche zurückgreifen müssen, ist nicht aufrechtzuerhalten. So wurde die Zeche Bergmann, die 1911 erschlossen ist, 1919 wieder in Angriff genommen. Von 1919 bis 1923 wurde gepumpt und das ganze Vermögen der Wittener Steinkohlen-Bergwerksgesellschaft in Höhe von 40 Millionen Mark, ganz abgesehen von den Regierungsgeldern, wurde verwirktlicht, ohne daß es möglich war, die Schachtanlagen freizubekommen. Ähnliche Erfahrungen hat man auch bei anderen Zechen gemacht. Es ist ganz ausgeschlossen, daß es später jemals gelingen könnte, die fünf großen Schachtanlagen wiederum freizulegen.

Niemand wird behaupten können, daß wir zuviel Steinkohlenlager in Deutschland besitzen. Die Kohlenzüge sind nicht das Privateigentum der Zechen, sondern sind ihnen nur zur Ausbeutung kostenlos überlassen worden. Auf keinen Fall kann gebudelt werden, daß aus purer Profitsucht ungeheure Reichtümer vernichtet und zugleich Tausende von Arbeitern und Angestellten brotlos gemacht werden.

## Weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise im Ruhrgebiet.

Essen, 12. August. (Rth.) Infolge der Arbeiterentlassungen verschärfte sich die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet täglich. Der Landrat Hansmann gab im Kreisrat Hördeler Erklärungen ab, denen zufolge der Landkreis Hördeler durch die Zechenstilllegungen in eine äußerst bedrückte wirtschaftliche Lage gebracht sei. Im ganzen Landkreis werden am 1. Oktober voraussichtlich höchstens zwei bis drei Zechen in Betrieb sein. Damit werden von 15000 Bergarbeitern 13000 brotlos. — In Essen, Mladec, Anna und Hamborn stehen weitere umfangreiche Betriebsstilllegungen bevor. Am 15. September werden die Schachtanlagen „Herkules I-V“ und „Victoria“ der Essener Steinkohlenbergwerke stillgelegt. Bis Ende des Monats soll der Betrieb der Zeche „Prinz Friedrich“ auf 125 Mann eingeschränkt werden. Dadurch kommen etwa 1125 Arbeiter zur Entlassung. Auf den staatlichen Wöller- und Rheinbaben-Zechen sind bis 31. Juli 1565 Arbeiter einschließlic 706 freiwillig ausgetreten zur Entlassung gekommen. Die Zeche „Reinpreußen“ hat am 1. August die Schachtanlagen I und II stillgelegt, dabei wurden 786 Mann entlassen. Am 15. August legen die Klöner-Werke die Kokerei auf den Schachtanlagen I-III der Zeche „Königsborn“ still und entlassen 74 Mann ihrer Belegschaft.

## Lohnabkommen der Bauklemper.

Gestern tagte im Verbandsbauseinienstraße eine Branchenversammlung der Bauklemper, in der Dietrich vom Metallarbeiterverband den Bericht über die letzten Lohnverhandlungen gab. Die Arbeitgeber hatten verlangt, daß für die Gruppen der Rohrleger und Bauklemper gemeinsam verhandelt werden sollte, was aber die Arbeitervertreter ablehnten. Da es in den Verhandlungen zu keiner Einigung kam, riefen die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß an. Dieser fällt dann einen Schiedsspruch, der u. a. für Klemper den Stundenlohn von 1,20 M. auf 1,35 M. erhöht und vom 5. August bis zum 3. November gilt. Der Mantelvertrag ist bis zum 31. März 1926 verlängert worden.

Nach einer regen Diskussion, in der vor allem bemängelt wurde, daß der Schiedsspruch erst ab 5. August gilt, während das vorige Lohnabkommen bis zum 31. Juli lief, wurde der Schiedsspruch gegen eine starke Widerheit angenommen.

## Die Rohrleger zum Schiedsspruch.

In einer gestern im Gewerkschaftshaus abgehaltenen sehr gut besuchten Versammlung der Rohrleger und Helfer berichtete Riederer über die Lohn- und Tarifverhandlungen.

Der Redner kritisierte das Verhalten der Unternehmer, die sich aus Profitgründen nicht bereit erklären, für Rohrleger und Klemper wie bisher geforderte Tarife abzuschließen. Es wurde weiter von den Unternehmern jede Lohnzulage verweigert und zum Manteltarif eine Reihe Verschlechterungsanträge gestellt. Der Schlichtungsausschuß, der von den Unternehmern angerufen wurde, fällt nach mehrmaliger Beratung einen Schiedsspruch. Danach wird die Geltungsdauer des bisherigen Tarifvertrags bis zum 31. März 1926 verlängert. Die Löhne werden wie folgt festgesetzt: Rohrleger 1,25, Junggeleiten aus dem Heflerstand 1,26, Beurlinge aus dem Heflerstand 1,22, Helfer 1,10 und Lagerarbeiter aus dem Heflerstand 1,05 M. pro Stunde. Das Lohnabkommen gilt vom 5. August ab. Es kann mit 14tägiger Frist erstmals zum 3. November gekündigt werden.

Trotzdem der Schiedsspruch eine geringe Lohnaufbesserung bringt, faßte eine vorher tagende Vertrauensmännerversammlung den Beschluß, den Schiedsspruch abzulehnen, um nicht einer Lohnpolizei wegen den kämpfenden Bauarbeitern in den Rücken zu fallen. Des weiteren empfehlen die Vertrauensleute, der Verhandlungskommission Vollmacht zu erteilen.

Die Versammlung lehnte darauf den Schiedsspruch einstimmig ab und erteilte der Verhandlungskommission Generalvollmacht für alle weiteren Verhandlungen.

Sodann wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die gegen die Behandlung kommunistischer Abgeordneter im Reichstag protestiert.

## Was blasen die Trompeten?

Im Lunapark mag es Fahrstühle oder Rutschbahnen geben, deren Betrieb ohne Musik nicht denkbar ist. Die Fahrstühle in unseren Großbanken aber waren bisher nüchternen Beförderungsmittel, denen man sich unbefangt anvertrauen konnte, weil die Auswahl der Führer nach den selbstverständlichen Voraussetzungen der technischen Eignung vorgenommen wurde. Das soll jetzt anders werden. Unsere Banken wissen, daß es gilt, die verlorenen Sympathien des Publikums wiederzugewinnen, daß dem Schrei der Öffentlichkeit nach rationaler Umgestaltung der Bankbetriebe endlich entsprochen werden muß. Und bei den Fahrstühlen fängt man an.

Die Dresdner Bank hat jetzt einen Fahrstuhlführer engagiert, der eine Qualifikation aufzuweisen hat, die unter seinen Berufsgenossen verhältnismäßig selten sein dürfte. Er kann nämlich Posaune blasen. Er meldete sich auf eine harmlose kleine Anzeige, in der ein Posaunist gesucht wurde, und war sicher selbst nicht wenig erstaunt, daß seine Meldung auf diese Anzeige zu einem Engagement als Fahrstuhlführer bei der Dresdner Bank führte. Im Hauptberuf hat er „Musik zu machen“, Posaune zu blasen. Die Dresdner Bank schritt zu diesem Reueengagement, trotzdem jetzt wieder zahlreiche und langjährige Angestellte, auch Fahrstuhlführer und Kassaboten gekündigt worden sind. Doch die Dresdner Bank braucht auch einen Bahgeiger. Sie hat daher weiter einen Kassaboten neu engagiert, der den Befähigungsnachweis erbringen mußte, daß er Bahgeige spielen kann.

Die Dresdner Bank braucht für die verschiedenen, von ihr subventionierten Sportvereinigungen eine Kapelle zum Tuschblasen, da sie sich von den Ansprüchen der Direktoren wohl nicht die genügende ausführende Wirkung verspricht. Die rührige Sportvereinigung der Dresdner Bank gibt sogar eine eigene Monatschrift heraus. Alles auf Kosten der Bank. Sogar die Bezahlung der Sportbekleidung der den derkationalen Bedungen erlegenen Vereinsmitglieder übernimmt die Bank, dieselbe Bank, die in ihrem Geschäftsbericht von „aufgezwungenen Gehaltserhöhungen“, von der „nötigen Herabdrückung der Löhne“ klagt.

Die neuerdings ausgesprochenen Kündigungen bei der Dresdner Bank werden selbstverständlich vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten wegen der offensichtlichen unbilligen Härte angefochten werden. Die Angestellten aber werden auf die Lockungen der von den Banken wie bekanntlich auch von den verschiedensten industriellen Werken in großzögiger Weise subventionierten Sportvereine nicht länger hereinkommen.

## Drohender Generalfreist in Remel.

Remel, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Remeler Schlichtungsausschuß hatte auf Grund der Steigerung der Lebenshaltungskosten den Arbeitern eine 10prozentige Teuerungszulage zugestimmt. Die Arbeitnehmer lehnten diese Entscheidung ab und beantragten die Entscheidung des Landeschiedsgerichts, das eine Steigerung der Teuerung vom April 1924 bis heute um 12,1 Proz. feststellte. Trotzdem glaubte das Gericht die Lohnerhöhung nicht über 5 Proz. hinaus ausdehnen zu können. Auch sollten nur die volljährigen Arbeiter die Zulage erhalten. Die Vertreter der Arbeiterschaft lehnten deshalb auch diesen Spruch einstimmig ab. Als letztes Mittel soll nochmals eine Kommission mit den Arbeitgebern auf der Grundlage des ersten Schiedsspruches verhandeln. Sollte die Bewilligung der 10prozentigen Lohnerhöhung nicht erfolgen, dann wird am Mittwoch in allen Betrieben die Arbeit niedergelegt.

## Teilstreik der Eisenbahner in Würzburg und Nürnberg.

München, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Würzburger Eisenbahnerstreik ist die Technische Rothilfe eingestrichen worden. Der Streik hat jetzt auch auf Nürnberg übergegriffen, wo der größte Teil der Arbeiter des Rangierbahnhofs in den Streik getreten ist.

In der sächsischen Textilindustrie ist es zu Streiks bzw. Massenforderungen und Aussperrungen gekommen. Zu den Betrieben, die von der Bewegung erfaßt worden sind, gehört auch die Leipziger Baumwollspinnerei.

# Wirtschaft

## Lohnpolitik und Konkurse in Italien.

Es gibt natürlich in Italien ebenso wie anderwärts Leute von nicht geringem Einfluß, die das langsame, stetige Sinken der Baluta des eigenen Landes als einen Idealzustand betrachten, den sie mit allen Mitteln zu bewahren streben, und die mit fachtechnischer Richtigkeit umkleidete Beschönerungsformen zitieren, sobald die etwas weniger einseitig interessierte Regierung den Versuch macht, das Abwärtsrollen der lira abzumildern.

Gewisse Industrien erhalten durch die Entwertung der Lira die Möglichkeit, die Produktionskosten 35 Proz. unter denen des Auslandes zu halten und auf diese Weise die englische und amerikanische Konkurrenz zu schlagen, selbstverständlich auf Kosten des inländischen Arbeiters, dessen Lage sich im gleichen Schritt mit der Geldentwertung verschlechtert. Nicht nur in Gegenständen des Existenzbedarfs des Arbeiters umgerechnet bewegt sich die Entlohnung auf absteigender Linie, auch der bezahlte Reallohn zeigt sinkende Tendenz. Nach einer Aufstellung der staatlichen Unfallversicherungsstelle zeigen die Barlöhne in den letzten Jahren folgende Entwicklung:

1921	18,74
1922	18,18
1923	16,92
1924	17,01

Die Ende 1924 eingetretene geringfügige Besserung ist weit davon entfernt, die Preiserhöhung der Lebensmittel auszugleichen. In seinem Werke „Prospettive economiche“, Jahrgang 1925, stellt Professor Giorgio Mortara ausdrücklich fest, „daß die heute an die italienischen Arbeiter gezahlten Reallohne fühlbar hinter denen der Vorkriegszeit zurückgeblieben“, wobei nicht übersehen werden darf, daß schon die italienischen Arbeitslöhne der Vorkriegszeit zu den niedrigsten ganz Europas gehörten und nicht hinreichten, auch nur die allerbescheidensten Bedürfnisse des Arbeiters zu decken, was schließlich die Hauptursache der gewaltigen Entwicklung der italienischen Auswanderung wurde. Der Kleinbürgerlichen Geschäftswelt geht es übrigens nicht viel besser. Ein anschauliches Bild ihres Zustandes erhält man durch Betrachtung der Statistik der Konkurse, deren Zahl von Jahr zu Jahr in erschreckender Weise zunimmt:

1920	890
1921	1790
1922	8570
1923	5700
1924	7280

Der ehemalige Finanzminister De Stefani hat die Zunahme der Konkursfälle als erstes Symptom des Eintrittes der wirtschaftlichen Gesundung angesprochen; nun mag eine vorübergehende scharfe Krise wohl gelegentlich eine reinigende Wirkung ausüben, wenn sie sich aber jahrelang hinzieht und Tausende von Geschäftsbetrieben und ungezählte Existenzen vernichtet, ist ihre Deutung als Gesundungssymptom doch recht gewagt.

Die italienische Regierung selbst ist durch die ungünstige Entwicklung der Balutaverhältnisse lebhaft beunruhigt und ist sich der Gefahren der Krise wohl bewußt. Es ist klar, daß sie den lebhaften Wunsch haben muß, ein weiteres Sinken der Lira verhindern zu können, aber die Rücksicht auf die widerstrebenden Elemente läßt ihren Arm. Die Einschränkung des ungedeckten Termind Handels und die in rascher Folge angeordneten Erhöhungen des Diskontsatzes mögen an sich ganz gute Maßnahmen sein, sie bleiben aber gegen die Symptome, das Uebel beseitigen sie nicht. Dieses sieht tief im Markt der italienischen Finanzwirtschaft. D. Car.

Erhöhung der Zinkblechpreise. Die rheinisch-westfälische Zinkblech-Händlervereinigung Düsseldorf hat, wie die Konjunktur-Korrespondenz meldet, ihre Preise mit Wirkung ab 10. August um 3 Mark pro Doppelzentner erhöht, so daß die heutige Notierung auf 97 bis 98 Mark für rheinische Zinkbleche steht. Für schlesische Zinkbleche wird ein weiterer Aufschlag von 8 Mark verlangt. Die Lieferfristen der Werke haben sich auf 4 bis 5 Wochen ausgedehnt.

# Aus der Partei.

## Die zionistisch-sozialistische Arbeiterbewegung.

Seit dem 1. Juni gibt die Allgemeine Jüdische Arbeiterorganisation in Palästina (Histadruth Haklalith) ein Tageblatt in hebräischer Sprache unter dem Namen „Davor“ (Das Wort) heraus. Die Allgemeine Jüdische Arbeiterorganisation ist als Landesgewerkschaft der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen und gleichzeitig die Vereinigung der Genossenschaften und anderer Arbeiterinstitutionen des Landes. Die erste Nummer enthielt Begrüßungen der Exekutivmitglieder der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des ZGB.

Seit einiger Zeit gibt die Allgemeine Jüdische Arbeiterorganisation Palästinas auch eine Zweiwöchenschrift in arabischer Sprache unter dem Namen „Itchad u' Amal“ (Vereinigung der Arbeiter) heraus. Dieses Blatt legt sich insbesondere zur Aufgabe, für die Verständigung zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern zu wirken und den gewerkschaftlichen und sozialistischen Gedanken unter ihnen Eingang zu verschaffen. In den ersten Nummern sind die Reden, die der Sekretär des ZGB, Brown während seiner Anwesenheit in Palästina gehalten hat, wiedergegeben. In Fortsetzungen erscheint Lassalles „Arbeiterprogramm“.

Innerhalb der palästinensischen Landespartei der Poale-Zion, die den Namen „Achduth Haapodah“ führt, sind neben den Anhängern der Poale Zion auch die der „Zeirej Zion“ vertreten, die in anderen Ländern (Polen, Litauen) eigene Organisationen bilden. Die palästinensische Landespartei tritt daher für eine Vereinigung der beiden Weltverbände der Poale Zion und der Zeirej Zion ein.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Dr. G. G. G.; Freiwirtschaft: Dr. John Schömann; Sozialismus und Sozialpolitik: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. G. G.; Schriftlich in Berlin: Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 1.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Filiale Westen, Wilmerdorf  
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzberg 9831  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel  
Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Erfinder — Vorwärts**  
strebende gute Verdienstmöglichkeit!  
Aufführung und Anregung groß. Proj. über  
„Ein neuer Geist“  
gratis buch: Erdmann & Co., Berlin,  
Königsplatz Straße 71.

**Tafelwag., Gewichte,**  
Billigste Preise. Invol. Lager  
Georg Wagner  
Köpenicker Str. 71  
Keine Schaufenster-  
Reklame, dafür we-  
sentl. billiger Preise

**Trauertenden**  
leber Art  
Herrn Preiswert  
Paul Gollets,  
normalis. Adress. New,  
Mariannenstr. 1,  
Kmt. Westpt. 103 20.

**Zähne** 1 und 2 Mark. Goldkronen von 8 Mark an.  
Persönliche fachmännische Behandlung.  
Wöchentliche Teilzahlung gestattet.  
B. Wolff, Charlitzg., Berlin Str. 110, nahe Wilhelmplatz.  
Berlin O 17, Madalstr. 15, Ecke Koppenstraße.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
Berlin O 12, Rigaer Straße 71-73a  
Bekannt seit 49 Jahren.  
Große Auswahl in kompletten Wohnungs-  
Einrichtungen sowie Einzelmöbel aller Art  
zu wirklich billigen Preisen.  
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.  
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Meine guten Möbel sind im Gebrauch die billigsten.

**Sie brauchen einen neuen Anzug!**  
Mantel, Kostüm, Kleid, Ullster, Paletot, Schlüpfer, Regenmantel!

**Wie? Das Geld reicht nicht?** Besuchen Sie uns!  
Wir geben Ihnen langfrist. Kredit bei klein. Teilzahlung, u. gering. Anzahl. Sofortige Aushändg. G. Gegenstands.  
Der feinsten Maßarbeit ebenbürtig!

**Alles auf Teilzahlung ohne Aufschlag!**  
Weiser, nur Leipziger Str. 82  
Wer weise wählt, wählt Weiser!

**Besonders billig!**  
Wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und